



Samstag, 28. März 2026, 15:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Der Preis der Würde

Der von der Bundesregierung geplante Umbau der Grundsicherung trifft die Schwächsten.

von Günther Burbach
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (New Africa)

Es gehört zu den merkwürdigen Konstanten politischer Debatten in Deutschland, dass die Diskussion über den Sozialstaat meist mit denselben Bildern geführt wird. Da ist vom „überlasteten System“ die Rede, von „zu

hohen Kosten“, von angeblich mangelnden Arbeitsanreizen. Immer wieder entsteht der Eindruck, der Sozialstaat sei vor allem ein Problem, weil zu viele Menschen von ihm lebten. Wer genauer hinsieht, erkennt jedoch ein anderes Bild. Die Grundsicherung ist weniger das Ergebnis sozialer Großzügigkeit als vielmehr Ausdruck eines Systems, das bereits seit Jahren versucht, seine sozialen Verpflichtungen möglichst klein zu halten. Die Entwicklung der letzten Jahre macht das besonders deutlich. Noch vor wenigen Jahren galt das System der Grundsicherung unter dem Namen Hartz IV als Symbol einer Politik, die auf Druck und Sanktionen setzte. Die Leistungen waren niedrig, die Kontrolle hoch, und die öffentliche Debatte zeichnete häufig ein Bild von Leistungsbeziehern als Menschen, die angeblich nicht arbeiten wollten. Dieses Narrativ prägte die politische Diskussion über zwei Jahrzehnte hinweg.

Im Jahr 2021 lag der monatliche Regelsatz für eine alleinstehende Person bei 446 Euro. Schon damals war klar, dass dieser Betrag kaum ausreichte, um den Alltag eines Menschen in einem hochentwickelten Industrieland zu finanzieren. Der Regelsatz sollte nicht Wohlstand sichern, sondern lediglich das sogenannte Existenzminimum garantieren. In der politischen Theorie bedeutete das: Essen, Kleidung, Energie, Mobilität und minimale gesellschaftliche Teilhabe sollten damit möglich sein. In der Realität bedeutete es oft ein Leben unter permanentem finanziellen Druck. Seitdem ist der Regelsatz mehrfach erhöht worden. 2026 liegt er bei 563 Euro im Monat.

Auf den ersten Blick sieht das nach einer deutlichen Verbesserung aus. Die Zahl wirkt größer, der Staat kann argumentieren, er habe die Leistungen angehoben. Doch diese Betrachtung blendet einen entscheidenden Faktor aus: die Entwicklung der Preise. In den vergangenen Jahren sind die Lebenshaltungskosten in Deutschland stark gestiegen. Besonders deutlich zeigt sich das bei Energie und Lebensmitteln. Gaspreise für private Haushalte lagen zeitweise mehr als siebzig Prozent über dem Niveau der frühen 2020er-Jahre. Strompreise sind ebenfalls deutlich gestiegen. Auch bei Lebensmitteln haben sich die Preise vieler Produkte massiv erhöht. Brot, Milchprodukte oder Speiseöl kosten heute oft erheblich mehr als noch vor wenigen Jahren.

Genau hier zeigt sich das zentrale Problem der sozialen Sicherungssysteme. Sie reagieren oft zeitverzögert auf wirtschaftliche Entwicklungen. Preissteigerungen treffen Menschen unmittelbar, während Anpassungen der Regelsätze häufig erst später erfolgen.

Selbst dann orientieren sich die Berechnungen an statistischen Durchschnittswerten, die den realen Alltag vieler Betroffener nur unzureichend widerspiegeln. Parallel dazu verändert sich das System selbst. Aus Hartz IV wurde zunächst das Bürgergeld, das von vielen als Versuch verstanden wurde, das soziale Sicherungssystem etwas weniger repressiv zu gestalten.

Doch diese Phase dauerte nicht lange. Bereits wenige Jahre später wurde erneut über einen Umbau diskutiert. Die neue Grundsicherung, die schrittweise eingeführt wird, setzt wieder stärker auf Druck und Sanktionen. Politisch wird dieser Kurs mit dem sogenannten Vermittlungsvorrang begründet. Wer arbeiten kann, soll möglichst schnell in Arbeit vermittelt werden. Dieses Ziel ist auf den ersten Blick plausibel. Arbeit ermöglicht Einkommen, gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Stabilität. Doch die politische Debatte blendet oft aus, dass viele Menschen in der

Grundsicherung nicht einfach deshalb ohne Arbeit sind, weil sie es sich bequem machen wollen.

Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen. Krankheit, psychische Belastungen, fehlende Qualifikation oder strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt spielen eine große Rolle. Besonders psychische Erkrankungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Depressionen, Angststörungen und Burn-out sind längst keine Randphänomene mehr. Für viele Betroffene bedeutet dies, dass sie nicht ohne Weiteres in den Arbeitsmarkt zurückkehren können. Wenn ein System solche Menschen primär mit Sanktionen konfrontiert, entsteht ein paradoxes Ergebnis: Statt Unterstützung zu bieten, erhöht es den Druck auf Menschen, die ohnehin in einer schwierigen Situation leben.

Wer mit psychischen Problemen kämpft, reagiert auf zusätzlichen Druck häufig nicht mit höherer Leistungsfähigkeit, sondern mit weiterer Verunsicherung. Trotzdem wird die politische Debatte weiterhin stark von der Vorstellung geprägt, Arbeitslosigkeit sei vor allem eine Frage mangelnder Motivation. Dieses Bild ist politisch bequem, weil es Verantwortung verschiebt. Wenn Arbeitslose selbst schuld sind, muss die Politik weniger über strukturelle Probleme sprechen: über prekäre Arbeitsverhältnisse, fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten oder regionale Ungleichheiten.

Die Diskussion über den Sozialstaat wird so zu einer moralischen Debatte. Statt über wirtschaftliche Strukturen zu sprechen, wird über individuelle Lebensführung diskutiert. Der Leistungsbezieher erscheint in dieser Darstellung als jemand, der kontrolliert und diszipliniert werden muss. Dabei ist der Sozialstaat historisch aus einer ganz anderen Idee entstanden. Er sollte Menschen vor den Risiken des Lebens schützen: Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter oder wirtschaftliche Krisen. Diese Idee war nie als moralische Bewertung

gedacht. Sie beruhte auf der Erkenntnis, dass moderne Gesellschaften komplexe Systeme sind, in denen individuelle Schicksale oft von wirtschaftlichen Entwicklungen abhängen, die einzelne Menschen nicht kontrollieren können. Der Umbau der Grundsicherung stellt diese Idee zunehmend infrage. Wenn soziale Leistungen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kosten betrachtet werden, verschiebt sich die Perspektive. Der Sozialstaat erscheint dann nicht mehr als Schutzsystem, sondern als Belastung für öffentliche Haushalte.

Gleichzeitig wächst in vielen politischen Debatten der Druck, Sozialausgaben zu begrenzen. Immer wieder wird argumentiert, das System sei langfristig nicht finanzierbar. Diese Aussage wird häufig als Sachzwang präsentiert. Doch ein genauer Blick zeigt, dass sie vor allem eine politische Bewertung darstellt. Denn staatliche Haushalte bestehen immer aus Prioritätenentscheidungen. Regierungen müssen entscheiden, wofür sie Geld ausgeben wollen. Infrastruktur, Bildung, Militär, Sozialleistungen, all diese Bereiche konkurrieren um begrenzte Ressourcen. Wenn in bestimmten Bereichen Ausgaben steigen, bedeutet das nicht automatisch, dass an anderer Stelle gespart werden muss; es bedeutet lediglich, dass politische Entscheidungen über Prioritäten getroffen werden. Diese Entwicklung prägt die politische Atmosphäre, in der die neue Grundsicherung entsteht. Sie ist Teil einer größeren Diskussion darüber, welche Rolle der Sozialstaat in Zukunft spielen soll. Für die Betroffenen ist diese Debatte jedoch keine abstrakte Frage. Sie entscheidet darüber, ob sie ein Leben in relativer Sicherheit führen können oder ob jeder Monat zu einem Kampf ums finanzielle Überleben wird.

Die Grundsicherung ist daher weit mehr als eine administrative Reform. Sie ist ein Spiegel gesellschaftlicher Prioritäten. Sie zeigt, wie eine Gesellschaft mit den Menschen umgeht, die am Rand ihres wirtschaftlichen Systems stehen. Und sie macht

sichtbar, ob soziale Sicherheit als grundlegendes Recht verstanden wird oder als Kostenfaktor, den man möglichst klein halten möchte.

Wenn politische Reformen des Sozialstaates diskutiert werden, wird häufig der Eindruck erweckt, es handele sich um technische Anpassungen eines komplexen Systems. Gesetze werden verändert, Begriffe ausgetauscht, neue Regeln eingeführt. In der politischen Kommunikation klingt das nach Verwaltungsarbeit. In der Realität bedeutet es jedoch oft etwas ganz anderes: Für Millionen Menschen verändern sich die Bedingungen ihres täglichen Lebens. Die neue Grundsicherung setzt wieder stärker auf Kontrolle und Sanktionen. Wer Termine beim Jobcenter versäumt oder angebotene Maßnahmen ablehnt, muss mit Kürzungen rechnen. Diese können bis zu dreißig Prozent der Leistungen betragen und mehrere Monate andauern. Die politische Begründung lautet, solche Sanktionen seien notwendig, um Missbrauch zu verhindern und Arbeitsanreize zu schaffen. Doch diese Argumentation greift zu kurz. Sie basiert auf der Annahme, dass ein großer Teil der Leistungsbezieher aus freien Stücken nicht arbeitet und erst durch Druck zur Aufnahme einer Beschäftigung bewegt werden müsse. Empirische Untersuchungen zeigen jedoch ein deutlich differenzierteres Bild.

Viele Menschen in der Grundsicherung haben gesundheitliche Probleme. Psychische Erkrankungen spielen dabei eine besonders große Rolle. Depressionen, Angststörungen oder chronische Belastungssymptome erschweren eine stabile Teilnahme am Arbeitsleben erheblich. Gleichzeitig sind solche Erkrankungen oft nicht sichtbar. Betroffene wirken nach außen möglicherweise arbeitsfähig, obwohl sie im Alltag mit erheblichen Einschränkungen kämpfen. Wenn politische Reformen diese Realität nicht berücksichtigen, entsteht ein System, das Menschen unter Druck setzt, ohne ihre tatsächliche Situation zu verbessern.

Sanktionen können kurzfristig Disziplin erzeugen, langfristig führen sie jedoch häufig zu weiterer Destabilisierung. Wer ohnehin psychisch belastet ist, reagiert auf zusätzlichen Druck oft mit Rückzug oder Verunsicherung.

Gleichzeitig bleibt ein grundlegendes Problem bestehen: Der Arbeitsmarkt selbst hat sich verändert. In vielen Branchen dominieren heute befristete Beschäftigung, Leiharbeit oder niedrig bezahlte Dienstleistungsjobs. Für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder geringen Qualifikationen sind solche Arbeitsverhältnisse oft kaum stabil zu bewältigen. Selbst wenn sie eine Beschäftigung finden, führt diese nicht immer zu einer dauerhaften Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine grundlegende Frage: Was soll mit dem Umbau der Grundsicherung tatsächlich erreicht werden? Die politischen Argumente konzentrieren sich häufig auf Einsparungen und Effizienz. Doch ein Blick auf die finanziellen Dimensionen zeigt, dass der direkte Spareffekt vergleichsweise begrenzt ist. Die Reform verändert vor allem die Bedingungen für die Betroffenen, während ihre Auswirkungen auf den Staatshaushalt relativ klein bleiben. Diese Diskrepanz wirft eine größere politische Frage auf: Wenn der finanzielle Effekt gering ist, warum wird der Druck auf Leistungsbezieher dennoch erhöht? Eine mögliche Erklärung liegt in der symbolischen Funktion solcher Reformen. Sozialpolitische Verschärfungen signalisieren politischen Handlungsspielraum. Sie vermitteln den Eindruck, der Staat gehe entschlossen gegen vermeintliche Fehlentwicklungen vor. Doch diese Symbolpolitik hat reale Konsequenzen. Sie verändert das gesellschaftliche Klima. Wenn Menschen in der Grundsicherung zunehmend als Problem dargestellt werden, verschiebt sich die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit; Armut erscheint dann nicht mehr als gesellschaftliche Herausforderung, sondern als individuelles Versagen.

Parallel dazu verändern sich auch die Prioritäten staatlicher Ausgaben. In den letzten Jahren sind insbesondere die Verteidigungsbudgets deutlich gestiegen. Internationale Verpflichtungen, sicherheitspolitische Spannungen und geopolitische Konflikte führen dazu, dass immer größere Summen in militärische Programme fließen. Neue Waffensysteme, Ausrüstung und Infrastruktur werden mit Milliardenbeträgen finanziert. Diese Entwicklung ist politisch gewollt. Sie wird mit der veränderten Sicherheitslage in Europa begründet. Doch sie hat auch eine innenpolitische Dimension. Wenn staatliche Mittel verstärkt in militärische Projekte fließen, entsteht zwangsläufig eine Debatte darüber, welche Bereiche gleichzeitig begrenzt werden sollen.

Sozialpolitik wird in diesem Zusammenhang häufig als Kostenfaktor betrachtet. In Haushaltsdebatten erscheint sie neben Verteidigung, Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung als ein Posten unter vielen. Dabei wird leicht übersehen, dass soziale Sicherheit eine grundlegende Funktion moderner Gesellschaften erfüllt. Sie schützt Menschen vor existenziellen Risiken und stabilisiert wirtschaftliche Systeme. Ein weiterer Aspekt der aktuellen Debatte betrifft die Rolle von Migration im Sozialstaat. In politischen Diskussionen wird häufig behauptet, Zuwanderung belastet das soziale Sicherungssystem erheblich. Tatsächlich ist die Realität komplexer. Migration beeinflusst soziale Systeme in unterschiedlicher Weise. Einige Gruppen sind stärker auf staatliche Unterstützung angewiesen, andere tragen durch ihre Arbeit erheblich zur Finanzierung des Systems bei.

Statistische Daten zeigen, dass viele Migranten in Deutschland erwerbstätig sind und Beiträge zu Sozialversicherungen leisten. Gleichzeitig gibt es auch Gruppen, die auf Leistungen angewiesen sind, insbesondere in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft. Diese Situation ist jedoch nicht ungewöhnlich. Integrationsprozesse benötigen Zeit, Sprachkenntnisse und Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn Migration pauschal als Belastung dargestellt wird, entsteht

ein verzerrtes Bild. Die Debatte verschiebt sich dann von strukturellen Problemen des Arbeitsmarktes hin zu kulturellen oder nationalen Zuschreibungen. Für eine sachliche Diskussion über den Sozialstaat ist diese Vereinfachung wenig hilfreich.

Die eigentliche Herausforderung liegt darin, ein System zu schaffen, das sowohl soziale Sicherheit gewährleistet als auch gesellschaftliche Integration ermöglicht. Dazu gehören Bildung, Qualifizierung und stabile Arbeitsmöglichkeiten. Sanktionen allein können diese Ziele nicht erreichen. Die Reform der Grundsicherung steht somit im Zentrum mehrerer politischer Konflikte. Sie berührt Fragen sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Struktur und staatlicher Prioritäten. Für viele Betroffene entscheidet sie darüber, wie viel Sicherheit ihnen der Staat in schwierigen Lebensphasen bietet.

Am Ende bleibt eine grundlegende Erkenntnis: Sozialpolitik ist niemals nur eine Frage von Zahlen. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Werte. Sie zeigt, wie eine Gesellschaft mit Menschen umgeht, die aus unterschiedlichen Gründen nicht vollständig am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen können.

Der Umbau der Grundsicherung ist deshalb mehr als eine technische Reform. Er ist Teil einer größeren politischen Entscheidung darüber, welche Rolle Solidarität in einer modernen Gesellschaft spielen soll. Ob diese Entscheidung langfristig zu mehr Stabilität führt oder neue soziale Spannungen erzeugt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.